

7/SN-252/ME

ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
VERHANDLUNGS-AUSSCHUSS
DER GEWERKSCHAFTEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES
1090 WIEN, MARIA-THERESIEN-STRASSE 11
TELEFON 313 16/83 604
FAX 313 16-99-83 600

GESETZENTWURF
47-CE/10 98
19. MAI 1998
Kra 25.5.98

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1014 Wien

Dr. Moser

Wien, am 19. Mai 1998
jo


**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz
1979 (1. BDG-Novelle 1998) u.a. geändert werden;
Stellungnahme**


Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem im Betreff genannten Entwurf beehrt sich der Verhandlungsausschuß
der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die in der Beilage angeschlos-
sene Stellungnahme der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten
vom 18. Mai 1998 vorzulegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verhandlungsausschuß
der Gewerkschaften des öffentl. Dienstes
1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11


Rudolf Hundstorfer
Sekretär

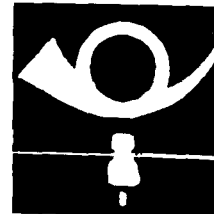

Günter Weninger
Vorsitzender

Beilage



Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten

1011 Wien, Biberstraße 5, Postfach 343, Tel. 512 55 11 Serie, Telefax 512 55 11/52



An das
Bundeskanzleramt
z.Hd.MR Dr.Karl-Heinz Böhm
Ballhausplatz 2
1010 Wien

Wien, 18. Mai 1998
RR/Ko

Betreff: Stellungnahme zur 1. BDG-Novelle 1998

Werter Herr Ministerialrat !

Die Vertreter der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten haben bereits bei dem am 13. Februar 1998 stattgefundenen Gespräch, die Zusage von Herrn Staatssekretär Ruttenstorfer, die Wartezeit gemäß § 104 (1) und (2) von 5 Jahre auf 4 Jahre zu reduzieren, urgiert.

Als Begründung warum nicht bereits am 13.2.1998 die Änderung in dem Entwurf aufgenommen wurde, wurde seitens der Vertreter des Bundeskanzleramtes mit den nicht bekannten Auswirkungen durch den Sozialplan begründet. Mit der Gewerkschaftsseite wurde eine Frist von ca. 6 Wochen für Einholungen von Informationen bei der PTA vereinbart.

Nachdem die Frist bereits verstrichen ist und keine negative Auswirkung festgestellt wurde, ersuchen wir nunmehr diese Änderung in die BDG-Novelle aufzunehmen.

Weiters wird die Einführung eines Pensionskassensystems für ausgegliederte Unternehmen, auch für die Beamten der PTA, urgiert.

Wir ersuchen um weitere Veranlassung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
für die
Gewerkschaft der Post- und
Fernmeldebediensteten


Hans-Georg Dörfler
Vorsitzender


Rudolf Randus
Zentralsekretär